

Politischer Jahresbericht

Cono Sur 2008



Santiago de Chile

Regionalbüro Cono Sur, 2008

Von Michael Álvarez

März 2009

Inhalt

Argentinien	3
Chile	4
Uruguay	6
UNASUR	7

Die politischen Entwicklungen in der Region und den Ländern, in denen die Heinrich-Böll-Stiftung arbeitet - Argentinien, Chile und Uruguay - waren vor allem durch die im zweiten Halbjahr auf die Länder durchschlagenden Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt.

Argentinien

In Argentinien sorgten ab Mitte des Jahres 2008 der Preisverfall bei Agrargütern wie Soja, Weizen und Mais sowie bei Bergbaugütern für einen deutlichen Rückgang der Exportüberschüsse und infolgedessen auch der staatlichen Einnahmen aus den Sondersteuern. Verschärft wurde diese Situation in den letzten Monaten des Jahres durch einen fulminanten Einbruch um 50% in den erwarteten Ernteresultaten aufgrund einer Trockenperiode, die mehrere Monate anhielt. Damit bahnt sich eine erneute Zuspitzung des Konflikts zwischen der Regierung und den Agrarverbänden an, die eine vollständige Aufhebung der Anfang des Jahres verhängten Agrarsondersteuern fordern. Hintergrund sind vor allem für mittlere und kleine Produzent_innen hohe Verschuldungsprobleme aus Investitionen in den vergangenen Jahren. Folge dieser Entwicklung könnte letztendlich das Ende der kleinen und mittleren Landwirtschaft in Argentinien sowie eine Konzentrationswelle ungeahnten Ausmaßes sein. Bereits jetzt haben Schätzungen zufolge 50-55% der mittleren und kleinen Landeigentümer (bis ca. 1.000 Hektar) ihre Flächen an Großunternehmer oder Fonds verpachtet, die zum Teil Flächen von über 100.000 Hektar in industriellem Stil bearbeiten. Seit einigen Monaten wird deshalb über die Wiederbelebung von öffentlichen Provinzbanken diskutiert, die besonders günstige Kredite für Agrarproduzenten anbieten sollen. Insgesamt zeigt sich der argentinische Bankensektor zurzeit noch relativ stabil, was allerdings angesichts einer restriktiven Kreditpolitik und außerordentlich hohen Zinssätzen (zwischen 15% und 35% für allgemeine Landwirtschafts- und Saatgutkredite) nicht weiter verwunderlich ist. Die Zentralbank hat zudem ihre Kreditlinien für lokale Banken verdreifacht und hofft so, einen Liquiditäts- und Krediteinbruch verhindern zu können.

Zugleich brach aufgrund der niedrigeren Nachfrage und Konsumzurückhaltung zum Beispiel die Produktion in der Automobilindustrie zum Jahresende um rund 50% ein. Nach Angaben des staatlichen Statistikamtes INDEC sanken die Exporte im Vergleich zum Vorjahr um 36% und die Importe um 38%. Nach offiziellen Angaben stabilisierte sich die Inflation bei 6,8%. Auch wenn die tatsächliche Inflationsrate nach Schätzungen privater Institute mit ungefähr 20% beziffert wird, war in den letzten Monaten des Jahres insbesondere bei Grundnahrungsmitteln ein Rückgang der Preise zu beobachten. Jüngsten inoffiziellen Schätzungen zufolge stiegen jedoch die Armutsraten in den letzten Monaten des Jahres erstmalig seit 2002 wieder an. Die Kirchner-Regierung hat zur Bekämpfung der Krisenfolgen und Arbeitslosigkeit eine Reihe nachfrageorientierter Maßnahmen sowie ein gewal-

tiges Konjunkturpaket aufgelegt, das für 2009 und 2010 Infrastrukturausgaben in Höhe von 30 Milliarden US-Dollar vorsieht.

Finanziert wird dieses Paket zum größten Teil aus der im Oktober erfolgten Rück-Verstaatlichung des unter Präsident Menem privatisierten Rentensystems – eine heftig kritisierte Entscheidung, da das Geld offensichtlich nicht in den Kassen der ANSES verbleibt, sondern direkt dem Zugriff der Regierung für andere Vorhaben ausgeliefert ist. Ein weitere Verstaatlichung im Jahr 2008 betraf die der spanischen Unternehmensgruppe Marsans gehörende ehemals staatliche Fluglinie Aerolineas Argentinas. Hoch verschuldet wurde sie nach einem Gehaltskonflikt mit den kirchnernahen Gewerkschaften unter undurchsichtigen Bedingungen kurzerhand wieder in den Besitz des Staates überführt. Die Auseinandersetzungen über die Entschädigungen für Marsans dauern an, und die spanische Unternehmensgruppe drohte bereits mit einer Klage vor internationalen Institutionen.

Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Krise sind eine Reihe von Subventionen für Sozialversicherungsbeiträge bei Neueinstellungen bzw. bereits laufenden Verträgen und Steuererleichterungen sowie graduelle Erhöhungen von Importzöllen bestimmter Güter vor allem in arbeitsmarktrelevanten Wirtschaftssektoren.

Politisch hat sich die Kirchner-Regierung, trotz einiger Erfolge, nach dem Agrarkonflikt im ersten Halbjahr 2008 isoliert und befindet sich nun, angesichts sich neu bildender Oppositionslager aus Liberalkonservativen und neokonservativen Peronisten und Ex-Peronisten unter Druck. Dies spielt vor allem mit Blick auf die 2009 anstehenden Parlaments- und Provinzwahlen eine Rolle. Eine Folge wäre eine Rückkehr zum „Regieren per Präsidialdekret“ - keine guten Aussichten für die institutionelle Entwicklung der argentinischen Demokratie. Bereits jetzt ist die Polarisierung innerhalb der argentinischen Gesellschaft, gerade auch im so genannten progressiveren Lager angesichts des autoritären, intransparenten und selbstreferentiellen Politikstils der Regierung in Verbindung mit einer Reihe von Korruptionsvorfällen enorm.

Chile

Auch Chile wurde von der weltweiten Krise eingeholt, was sich zur Jahresmitte hin im Preisverfall für Bergbau- und Agrargüter und danach auch in Exporteinbrüchen manifestierte. In der zweiten Jahreshälfte gingen die Importe stark zurück, und im Immobiliensektor machte sich die Nachfrageimplosion in einem fast kompletten Stopp aller Bauvorhaben bemerkbar. Dies hatte einen sofortigen Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Baubranche zufolge, der in der dienstleistungsorientierten Wirtschaft

des Landes seinerseits auf andere Sektoren durchschlug. So wurden gegen Jahresende 2008 alleine im Bankensektor 8.000 Angestellte entlassen, rund 20% der insgesamt in dem Bereich Beschäftigten.

Der Verfall der Energiepreise sorgte in der zweiten Jahreshälfte 2008 sogar für einen Rückgang der Inflationsrate und der so genannten „Unidad de Fomento (UF)“, einer an den Inflationsindex gekoppelten Rechnungswährung, die für alle größeren Käufe oder Geschäftstätigkeiten verwendet wird. Damit ist nun der Handlungsdruck für die Regierung nicht unbedingt gewachsen, über öffentliche Politiken einen Ausweg aus der stark auf fossilen Trägern beruhenden und somit sehr für internationale Preisschwankungen anfälligen Energiematrix zu suchen.

Insgesamt war Chile aufgrund der anhaltenden Haushaltsüberschüsse und Mehreinnahmen aus dem Kupfergeschäft der letzten Jahre zumindest im Jahr 2008 relativ gut für ein Abfedern der Krisenfolgen aufgestellt. Die Regierung reagierte auf die einbrechende Konjunktur relativ schnell mit einem Interventionsprogramm von insgesamt rund 12 Milliarden US-Dollar. Davon werden Subventionen für Löhne und Gehälter, Steuererleichterungen, eine moderate Erhöhung der Sozialtransfers und ein Investitionsprogramm für Infrastrukturmaßnahmen und sozialen Wohnungsbau getragen. Eine Reihe von Projekten, die erst 2009 und 2010 geplant waren, konnte vorgezogen werden.

Bei der politischen Bewertung dieses Programms ist allerdings zu berücksichtigen, dass für das Jahr 2009 Präsidentschaftswahlen anstehen. Da Chile eine eher orthodoxe Wirtschaftspolitik verfolgt, kann man sagen, dass ohne die anstehenden Wahlen die Staatsausgaben wohl nicht um fast 6% angestiegen wären. Zumal sich die regierende Concertación-Regierung nach deutlichen Verlusten in den Kommunalwahlen im Oktober 2008 mit dem Ex-Präsidenten Frei für einen Kandidaten entschieden hat, der gegen den Aspiranten der rechten Opposition aus RN und UDI, dem Unternehmer Sebastián Piñera, keinen besonders dynamischen Eindruck macht. Piñera führte mit einem sehr populistisch gestrickten Manager- und Macher-Image die Umfragen mit einem Abstand von rund 30%-Punkten.

Nicht zuletzt weil sich die Concertación im vergangenen Jahr von einer Krise zu anderen hangelte: Die Fortsetzung der Transsantiago-Krise (gescheiterte Neuordnung des öffentlichen Nahverkehrssystems), die daraus resultierende Krise der christdemokratischen „Partido Demócrata Cristiano“ PDC inklusive Verlust der Senatsmehrheit, die Krise um die staatlich finanzierte Abtreibungsspirale, steigende Energie- und Lebensmittelpreise, die erneuten Proteste um das Gesetz zur Reform des Bildungswesens, um nur einige zu nennen.

Uruguay

Auch in Uruguay führte die weltweite Wirtschaftskrise in der zweiten Jahreshälfte zu einem deutlichen Einbruch des BIP-Wachstums, das für das gesamte Jahr 2008 noch mit rund 11% kalkuliert wurde. Zum Jahresende hin sahen Prognosen für 2009 ein Wachstum von etwa 2-3% vorher. Die hauptsächlich auf Bankensektor, Tourismus und Fleischindustrie basierende Wirtschaft des Landes konnte jedoch in gewisser Weise von den Schwächen des großen Nachbarn Argentinien profitieren: Kurz nach der Verstaatlichung des Rentensystems in Argentinien im Oktober 2008 wuchsen die Einlagen auf uruguayischen Bankkonten von ausländischen Anleger_innen rapide an, auf das gesamte Jahr 2008 gerechnet um rund 42%. Eine weitere Folge der hektischen Politik in Buenos Aires war eine besondere Art der Landflucht: In den vergangenen Jahren stieg die Zahl der argentinischen Rinderzüchter an, die ihre Anwesen in Argentinien verkauften und in Farmen in Uruguay investierten.

Selbst die Arbeitslosenstatistik zeigt sich in Uruguay freundlicher: Im Dezember 2008 war, den Angaben des nationalen Statistikamtes INE zufolge die Rate bemerkenswerterweise von 8,8% im Januar 2008 auf 6,6% gefallen. Allerdings steigt die Inflationsrate mit rund 9% zusehends an, in den letzten Monaten 2008 auch aufgrund der Ernteaussfälle infolge der Trockenperiode, die die Nahrungsmittelpreise hochtreibt. Dies betrifft insbesondere die einkommensschwachen Bevölkerungsteile, so dass zum Jahresende hin ein Anstieg der Armut zu befürchten ist. Dies ist insbesondere mit Blick auf die im Oktober 2009 anstehenden Präsidentschaftswahlen relevant.

Besonders kritisiert wurde Tabaré in gemäßigteren Kreisen für sein Veto bei einer Gesetzgebung zu reproduktiven Rechten, die auch die Legalisierung von Abtreibungen unter bestimmten Umständen vorsah und das Parlament bereits passiert hatte. Insgesamt führt die „Frente Amplio“ vor allen anderen Parteien, aber die internen Auseinandersetzungen der letzten Jahre könnten durchaus Stimmen kosten.

Weiter auf der Agenda der Regierung steht die nukleare Option, die mittlerweile mit großer Intensität verfolgt wird.

Schwierig gestalten sich weiterhin die Beziehungen zwischen Argentinien und Uruguay aufgrund des Konfliktes über die Zellulosefabriken in Botnia, denen von Buenos Aires eine hochgradige Verschmutzung des Flusses Uruguay nachgesagt wird. Deshalb wird nun bereits im dritten Jahr von argentinischen Bürgerinitiativen aus der Provinz Entre Ríos die Brücke zwischen dem argentinischen

Colón und dem uruguayischen Paysandú blockiert, was trotz der erheblichen Auswirkungen auf den Warenverkehr für Uruguay in Buenos Aires mehr oder minder „augenzwinkernd“ toleriert wird – zumindest macht die argentinische Regierung keine Anstalten, die Blockade zu räumen. Diese Passivität der Regierung Kirchner führte denn auch dazu, dass Uruguays Präsident Tabaré Vázquez mit seinem -einzigen- Veto die Ernennung des ehemaligen argentinischen Präsidenten Nestor Kirchner zum Präsidenten der UNASUR, der Union der südamerikanischen Nationen, verhinderte.

UNASUR

Die UNASUR konstituierte sich mit der Unterzeichnung der Verträge auf dem Gipfel im Mai 2008 in Brasilia. Sogar Chile ist Mitglied der UNASUR, was angesichts der hochfliegenden Integrationspläne - die bis zur Schaffung einer gemeinsamen Währung reichen - für dieses Land ein bemerkenswerter Schritt ist. Kritisiert wird von vielen Akteur_innen aus der Zivilgesellschaft die auf umweltschädliche Großprojekte fixierte Entwicklungsstrategie der UNASUR und die relative Wirkungslosigkeit ihrer zahlreichen Absichtserklärungen. Allerdings hat das Projekt mit der erfolgreichen Vermittlung im internen Verfassungskonflikt in Bolivien im September 2008 unter der UNASUR-pro-tempore-Präsidentschaft der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet seine Feuertaufe überzeugend bestanden.